

Oskar Weggel

## Chinas Außenpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts

Teil 6: Die Praxis der Beijinger  
Außenpolitik und ihre Gezeiten

Teil IV: Der Umgang mit den  
Nationalstaaten

Mit Kapitel 6 ist die vorliegende Serie vom „Allgemeinen“ zum „Besonderen Teil“, d.h. von den theoretischen Grundlagen zur Praxis der Beijinger Außenpolitik übergegangen. Die Gezeiten der chinesischen Außenpraxis sind hierbei auf fünf Stockwerken zu durchlaufen, nämlich auf globaler, multilateraler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene.

In den Teilen I bis III wurden die globalen, die multilateralen und die regionalen Gesichtspunkte abgehandelt. Der vorliegende Teil IV befaßt sich mit den zwischenstaatlichen Aspekten der chinesischen Außenpolitik, bevor dann in Teil V auf die tastenden Versuche Beijings im Bereich des „grauen Markts“ an der Basis einzugehen ist.

### Gliederung

- 6.4 Ebene Nr.4: Chinas Umgang mit Nationalstaaten
- 6.4.1 Fortbestehende etatistische Präferenz
- 6.4.2 Ausgewählte Beispiele
- 6.4.2.1 Stellvertretend für Asien: Myanmar/Birma
- 6.4.2.1.1 Gemeinsamkeiten betonen, Differenzen vergessen!
- 6.4.2.1.2 Eine Hand wäscht die andere
- 6.4.2.2 Beispiel für Nahost: Israel
- 6.4.2.2.1 Jahrelange Antinomien zwischen Nahost- und Israelpolitik
- 6.4.2.2.2 Auflösung der Widersprüche?
- 6.4.2.3 Beispiel für Afrika: Sudan
- 6.4.2.4 Stellvertretend für Europa: Deutschland
- 6.4.2.4.1 Lehren der Vergangenheit
- 6.4.2.4.1.1 Das Verhältnis bis 1949
- 6.4.2.4.1.2 Auf und Ab nach 1949
- 6.4.2.4.1.3 Und die DDR?
- 6.4.2.4.2 Die Attribute Deutschlands aus chinesischer Sicht: kritische Sympathie
- 6.4.2.4.3 Das deutsche Verhältnis zu China: drei verschiedene Möglichkeiten
- 6.4.2.5 Lateinamerika: nur blasse Partner
- 6.4.3 Fazit

### 6.4

#### Ebene Nr.4: Chinas Umgang mit Nationalstaaten

##### 6.4.1

##### Fortbestehende etatistische Präferenz

Wie in den Vorüberlegungen zu Teil 6 ausgeführt,<sup>1</sup> verfährt die Außenpolitik der VRCh längst nicht mehr nach Pauschalmustern (etwa nach dem Schema „Weltdörfer gegen Weltstädte“), sondern ertastet sich ihren Weg auf überaus differenzierte Weise, indem sie sich an *globale* Institutionen wie z.B. die UNO<sup>2</sup> wendet, Spielregeln für *multi-(penta-)polare* Neubildungen<sup>3</sup> einfordert, sich für *Regional-Bildungen*<sup>4</sup> ins Zeug legt und indem sie nicht zuletzt<sup>5</sup> auch der *kleinen Politik* zunehmend Aufmerksamkeit schenkt, ohne dabei allerdings ihren klassischen Bezugspunkt, nämlich die bilateralen Beziehungen *von Staat zu Staat* aus den Augen zu verlieren – und zwar unabhängig von konzeptionellen Modeströmungen westlicher Theoriebildung: Schwankungen, wie sie sich Institutionen vom Rang der Weltbank jahrelang geleistet haben, indem sie den Nationalstaat bald auf den Schild hoben, bald ihn wieder fallen ließen, um ihn dann nach einiger Zeit doch wieder auf Augenhöhe zu bringen, sind nie Sache der Beijinger Außenpolitik gewesen. Vielmehr hat man dort die „europäischen Lektionen“ aus dem 19. und dem frühen 20. Jh. gründlich verinnerlicht, vor allem, was die Souveränität von Nationen und die Einmischungsfreiheit anbelangt, und beginnt von diesen *etatistischen* Positionen erst abzuweichen, seit sich im Zuge der Globalisierung *Interdependenz-Perspektiven* eröffnen, wie sie bei der chinesischen Gesellschaftsphilosophie von jeher in besonderer Gunst gestanden haben, und wie sie dem chinesischen Grundverständnis auch heutzutage mehr behagen, als es bei dem aus dem Westen rezipierten Glauben an den Nationalstaat und seine Interessen der Fall ist.<sup>6</sup>

##### 6.4.2

##### Ausgewählte Beispiele

Da von den 174 Nationen, wie sie gegenwärtig in den UNO-Jahrbüchern auftauchen, im vorliegenden Zusammenhang nicht einmal ein Bruchteil behandelt werden könnte, soll sich die Darstellung hier auf die Beziehungen der VRCh zu einigen wenigen Ländern beschränken, denen Beijing seinen Stempel in besonders typischer Weise hat aufprägen können. Asien sei hierbei durch Myanmar, der Nahe Osten durch Israel, Afrika durch den Sudan und Europa durch Deutschland als *partes pro-toto* vertreten. Die lateinamerikanische Position bleibt dagegen unbesetzt, da die Profile hier allzu unscharf geblieben sind.

<sup>1</sup>Dazu C.a., 1998/12, S.1311f.

<sup>2</sup>Dazu 6.1, C.a., 1998/12, S.1312-1315.

<sup>3</sup>Siehe 6.2, C.a., 1998/12, S.1315 ff.; 1999/1, S.29ff.

<sup>4</sup>In Kapitel 6.3, C.a., 1999/2, S.133ff.

<sup>5</sup>Wie später – unter Teil V – noch auszuführen.

<sup>6</sup>Dazu oben 6.2.5, C.a., 1999/1, S.42ff.

## 6.4.2.1

## Stellvertretend für Asien: Myanmar/Birma

## 6.4.2.1.1

**Gemeinsamkeiten betonen, Differenzen vergessen!**

Birma ist ein Nachbarstaat im Südwesten Chinas, mit dem die Volksrepublik (1) auf über 2.000 km hin meist gebirgige Landgrenzen teilt, der ferner (2) niemals fest ins traditionelle chinesische Tributsystem eingebunden worden war und der (3) auch in nachkolonialer Zeit weitgehend neutral geblieben ist, d.h. also, sehr im Gegensatz etwa zu Thailand, zu den Philippinen oder zu Nordkorea, nie einem „Lager“ angehört hat. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet nimmt er (4) eine mittlere Position ein: einerseits konnte er sich nicht unter die Tiger und Drachen mischen, ist aber andererseits durchaus nicht so weit zurückgefallen wie viele Länder Südasiens, an das Birma ja streckenweise direkt angrenzt.

Diese vier Eigenschaften haben dafür gesorgt, daß China dem Nachbarn Birma gegenüber eine Politik entwickelt hat, die vom etablierten Verhalten anderen asiatischen Ländern gegenüber weit abweicht, also entschieden auf die Eigenarten des Landes eingeht. Z.1, d.h. sozialistische Zielsetzungen, haben hier beispielsweise so gut wie nie eine Rolle gespielt und kamen allenfalls zu Beginn der Kulturrevolution streckenweise zur Geltung, nachdem Angehörige der chinesischen Volksgruppe sowie promaoistische Studenten vom kulturrevolutionären China aufgestachelt worden waren, gegen das „feudalistische Regime“ in Rangun zu demonstrieren – und damit eine Politik zu verfolgen, die zwar nur wenige Wochen andauerte, bis auf den heutigen Tag allerdings Narben und Mißtrauen hinterlassen hat.

Birma war auch nie Adressat von Z.3- oder Z.4-Zielsetzungen: Ein „antihegemonistischer“ Kurs wäre unangebracht gewesen, da Birma ja, wie gesagt, allen Lagerbindungen eine Absage erteilt hatte und, ganz im Gegensatz etwa zu den Nachbarstaaten Indien oder Laos, nie ein Bündnis mit der Sowjetunion eingegangen war. Auch als wirtschaftlicher Wunschpartner schied Birma aus, da es, im Gegensatz etwa zu Singapur oder Südkorea, weder wirtschaftliche noch technologische Anziehungskraft ausübt(e). Sogar Z.5-Vorstellungen konnte sich China den Birmanen gegenüber ersparen, da der südwestliche Nachbar, anders als etwa die Anrainer im Südosten (Vietnam) oder im Nordosten (Korea), niemals zum tributären Kosmos des Reichs der Mitte gehört hatte, sondern politisch, vor allem aber kulturell, unter indischem Einfluß verblieben, und dann, im 19. Jh., von Britisch-Indien okkupiert worden war.

So kam es, daß Birma im guten wie im bösen ein Staat blieb, dem gegenüber sich die VRCh weitgehend auf Z.2-Ziele beschränken konnte, wobei wiederum Grenz- und Sicherheitsfragen besonders in den Vordergrund rückten.

Während Abgrenzungsprobleme gegenüber Nachbarn wie UdSSR, Indien und Vietnam lange Zeit unlösbar erschienen und erst in den 90er Jahren mit einigem Erfolg angepackt werden konnten,<sup>7</sup> war es einigen Nachbarn Chinas gelungen, mit dem Reich der Mitte schon in

den frühen 60er Jahren formelle „Grenzverträge“ (*bianxie tiaoyue*) zu schließen, und zwar allen voran den Birmanen (1960), denen wiederum die Nepalesen, Mongolen und Afghanen in den Jahren 1961, 1962 und 1963 auf dem Fuß folgten.

Das gute Einvernehmen mit Birma, das sich in dieser Vorreiterrolle manifestierte, war schon kurz nach Gründung der VRCh systematisch entwickelt worden, und zwar auf persönliche Initiative Zhou Enlais: Birma hatte (nach Indien) bezeichnenderweise auch mit zu jenen asiatischen Staaten gehört, die bereits 1950 in diplomatische Beziehungen mit der VRCh eingetreten waren. 1954 war es dann im Einvernehmen zwischen China, Indien und Birma zur Verabschiedung jener „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ gekommen, die noch heute zum Credo chinesischer (und übrigens auch birmanischer) Außenpolitik gehören. Nicht zuletzt aber hatte sich Birma aus den Spannungen heraushalten können, die sich in den späten 50er Jahren zwischen China und Indien aufzubauen begannen und sich 1962 in einem Grenzkrieg entluden. Birma hat es m.a.W. keineswegs für schändlich gehalten, dem Kampf mit den Elefanten auszuweichen. Der Lohn hatte u.a. in der bereits erwähnten – und überaus großzügigen – Grenzregelung bestanden, zu der sich China 1960 herbeiließ.

Auch in den 70er und 80er Jahren hatte sich Birma, stets auf Neutralität bedacht, aus den fortdauernden chinesisch-indischen Spannungen heraushalten können. Dies war ihm nicht einmal schwergefallen, da es bereits von seiner Geschichte her eine Tendenz zum Rückzug und zur Eremitenhaftigkeit mitgebracht hatte und da es überdies durch seine Dauerkonflikte mit den Minderheiten der Mon, der Karen und der Kachin so sehr in Anspruch genommen war, daß es froh sein konnte, wenn es von außen her in Ruhe gelassen wurde. Eine Zeitlang griff das kulturrevolutionäre China zwar Aufständischen verschiedener Couleur unter die Arme, sei es nun der „Weißen Flagge“ oder aber Gruppierungen einiger Minderheiten, doch blieb diese Politik am Ende nur eine Episode, die in nachmaoistischer Zeit schnell durch eine subtile Nachbarschaftspolitik ersetzt wurde, bei denen chinesische Sicherheitserwägungen gegenüber Indien erneut eine wachsende Rolle zu spielen begannen.

## 6.4.2.1.2

**Eine Hand wäscht die andere**

Das chinesisch-birmanische Einvernehmen wurde nicht zuletzt noch dadurch bestärkt, daß in beiden Staaten 1989, also fast zur gleichen Zeit, studentische Aufstände blutig niedergeschlagen und daß beide Regime daraufhin über viele Jahre von der internationalen Menschenrechtskritik häufig gleichzeitig aufs Korn genommen wurden. Kein Wunder, daß beide Seiten aus der gemeinsamen Abwehrhaltung heraus noch stärker als bisher zueinander fanden, so daß es im Laufe der Zeit zur Herausbildung einer veritablen Beijing-Rangun-Achse kam und beide sich wechselseitig unter die Arme zu greifen begannen: Hierbei lieferte Beijing den Birmanen Waffen aller Art, angefangen von Kampfbombern bis hin zu Panzern und Patrouillenschnellbooten, baute auf birmanischem Territorium Straßen und Brücken und blieb auch bei Nachkorrekturen zum Grenzverlauf großzügig, während das birma-

<sup>7</sup>Vergl. dazu Teil 2 der vorliegenden Serie, C.a., 1998/7, S.706ff.

nische SLORC<sup>8</sup>-Regime, das den Namen des Staates im Juni 1989 in „Myanmar“ umgewandelt hatte, der chinesischen Seite im Gegenzug Marinestützpunkte im Meeresdreieck Irrawaddy-Delta – Mergui – Mulmein einräumte.<sup>9</sup>

Alarmiert von dieser birmanischen Morgengabe an China zeigte sich vor allem der indische Geheimdienst, der das immer häufigere Auftauchen chinesischer Techniker in dieser Region mit akribischer Aufmerksamkeit zu verfolgen begann und der das Schlagwort von einer chinesischen „Strategie der zwei Ozeane“ prägte, womit der (putative) Versuch der VRCh gemeint war, nicht nur im Pazifik-, sondern auch im Indik-Bereich Fuß zu fassen und militärischen Einfluß zu gewinnen. Bezeichnenderweise liege die neue Basis unweit von der westlichen Einfahrt in die „Straits“, d.h. in die Malakkastraße und in andere strategische Schifffahrtsrouten.

Der Phantasie des indischen Generalstabs waren von jetzt an keine Grenzen mehr gesetzt. Kein Wunder, daß auch die mit chinesischer Hilfe neu angelegten nordostbirmanischen Straßennetze nun in einen strategischen Zusammenhang mit „Mergui“ gestellt wurden.<sup>10</sup> Bei dieser „Vorwärtsbasis“ handle es sich zumindest um einen Horchposten auf zwei vorgeschobenen Inseln in der Bucht von Bengalen, möglicherweise aber auch bereits um den Grundbaustein zu einer regelrechten Marinestation.

Der „Marine-Basen-Verdacht“ schien zur Gewißheit zu werden, als einer der letzten noch aktiven Teilnehmer am Langen Marsch, Admiral Liu Huaqing, im Oktober 1992 in den Ständigen Ausschuß des Politbüros aufgenommen wurde und damit sogleich auf Platz Nr.6 in der chinesischen Führung vorrückte. Obwohl Liu angesichts seines fortgeschrittenen Alters diesen Spitzenposten bereits beim XV. Parteitag im September 1997 wieder aufgeben mußte, wurde das indische Mißtrauen keineswegs zerstreut. Vielmehr kaprizierte sich der Generalstab in Delhi fortan auf angeblich neu konzipierte VBA-Pläne, denen zufolge die VRCh-Marine einer überarbeiteten Sicherheitsdoktrin folge, die mit Maßnahmen der Vorwärtsverteidigung nun auch im maritimen Bereich laboriere und die deshalb forciert auf die Einrichtung von „Vorwärtsbasen“ abstelle.<sup>11</sup>

Vergleicht man die Birma-Politik der VRCh mit ihrem Vietnam- oder ihrem Nordkorea-Kurs, so wird auf der Stelle deutlich, wie differenziert das Außenverhalten Beijings nicht nur im pentapolaren und im regionalen, sondern auch im zwischennationalen Bereich abgestimmt wird.

Allgemein gesprochen verhält sich die VR China gegenüber den schwächeren – und blockfreien – Staaten im asiatischen Umfeld großzügig, gegenüber stärkeren und eher blockgebundenen Staaten dagegen zurückhaltend bis feindselig, es sei denn, daß die betreffenden Länder den Grundpositionen der VRCh von vornherein Lippendienste

erweisen – man denke hier etwa an Pakistan und teilweise auch an Bangladesh.

#### 6.4.2.2

##### Beispiel für Nahost: Israel

#### 6.4.2.2.1

##### Jahrelange Antinomien zwischen Nahost- und Israelpolitik

Es gibt im Beijinger Außenverhalten eine Nahost- und eine Israel-Schiene, die jahrzehntelang nicht parallel zueinander verlaufen sind, sondern sich streckenweise auf unüberwindbare Distanzen voneinander entfernt zu haben schienen, ehe sie dann, seit 1991/92, wieder recht und schlecht zusammengeführt werden konnten.

Was zunächst die *Region Nahost im Ganzen* angeht, so ist ihre Entwicklung aus chinesischer Sicht enttäuschend verlaufen. Trotz ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten hat die arabische Welt aus Beijinger Perspektive vor allem deshalb niemals zu einem Kristallisationspunkt der „polyzentristischen Welt“ werden können, weil ihren Mitgliedern nie der große Schulterschluß gelungen ist, und zwar weder den dreizehn arabischen<sup>12</sup> noch den 15 islamischen<sup>13</sup> Ländern. Vielmehr handelt es sich bei ihnen um ein vielfältig schillerndes Mosaik von Staaten und Subregionen, die miteinander eher in Dauerfehde als in Harmonie leben und in die sich die chinesische Außenpolitik auch dann noch ohne Schwierigkeiten einklinken konnte, als sie sich (im Zeichen der Reformen) um fast 180 Grad gedreht hatte: Man denke einerseits an die (lange Zeit) revolutionären Araber, nämlich das Ägypten Nassers, an die PFLOAG<sup>14</sup> und die PLO, mit denen das maoistische China bevorzugt zu kooperieren pflegte, andererseits aber an die konservativen Araber, mit denen vor allem das reformerische China sympathisiert, angefangen von Saudi-Arabien, das seit 1981 mit einem 7-Punkte-Vorschlag für eine Anerkennung des Existenzrechts Israels eintritt, über Jordanien bis hin zu den sieben Emiraten.<sup>15</sup>

Das Entweder-Oder der Mao-Zeit hatte nach 1979 immer mehr einem Sowohl-Als-auch Platz gemacht – mit der Folge, daß so mancher nahöstlichen Regierung Zweifel an der Verlässlichkeit chinesischer Nahostpolitik kamen:

- So plädiert die VRCh beispielsweise auf der einen Seite unablässig für den Frieden in der Nahostregion, auf der anderen Seite gehörte sie lange Zeit, vor allem in den späten 80er Jahren, mit zu den Hauptlieferanten von Waffen, und zwar sowohl an den Iran als auch an dessen Kriegsgegner Irak, von militärischen Transfers an andere Staaten wie Syrien oder Saudi-Arabien ganz zu schweigen.
- Auf der einen Seite kooperierte sie ferner mit den Palästinensern, auf der anderen aber zunehmend auch mit Israel, wobei die Zusammenarbeit mit dem Juden-

<sup>12</sup> Ägypten, Arabische Emirate, Bahrein, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Palästina, Saudi-Arabien, Syrien.

<sup>13</sup> Dreizehn arabische Staaten + Iran und Türkei. (Die säkular regierte Türkei wird hier zu den islamischen Ländern gerechnet, weil sie von einer überwiegend islamischen Bevölkerung bewohnt ist.)

<sup>14</sup> People's Front for the Liberation of the Occupied Arabian Gulf.

<sup>15</sup> Abu Dhabi, Adschman, Dubai, Fudscheira, Ras-el-Cheima, Schardschah, Umm-el-Kaibein. Zur chinesischen Nahostpolitik vergl. im übrigen ausführlich C.a., 1982/7, S.394-405.

<sup>8</sup> SLORC = State Law and Order Restoration Council.

<sup>9</sup> Mit Schwerpunkt im südbirmanischen Hafen von Mergui, vor allem im Umfeld des geplanten Tiefwasserhafens von Thiwala im Irrawaddy-Delta, *The Nation*, 10.4.93.

<sup>10</sup> Dazu C.a., 1993/5, Ü 2; 1994/4, Ü 2.

<sup>11</sup> Dazu C.a., 1993/4, Ü 4.

staat zumindest bis 1992 hinter einem dichten Schleier des Geheimnisses erfolgte.

- Auf der einen Seite unterstützte sie darüber hinaus in den 60er Jahren revolutionäre Bewegungen vom Zugschnitt der PFLOAG, was sie aber nicht daran hinderte, nach 1979 auch eine besondere Vorliebe für konservative Araber zu entwickeln, nicht zuletzt für den Oman, gegen den die PFLOAG ja so viele Jahre lang gekämpft hatte.
- Auf der einen Seite schließlich hätte sie (als Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrats) gerne ein Veto gegen die Bombardierung des Irak im Golfkrieg 1991 eingelegt, auf der anderen Seite aber gebot ihre Kooperation mit Ländern wie Saudi-Arabien oder Kuwait, von einem solchen Veto abzusehen, so daß sie mit ihrer Stimmenthaltung letztlich den Weg für eine interventionistische Lösung freimachte.

In zeitlicher Abfolge gesehen verfolgte die VRCh gegenüber der Region Nahost während der 60er Jahre noch revolutionäre Interessen (Z.1), schwenkte dann aber zunehmend zu Z.3 und Z.4 über: Einerseits wollte sie nämlich verhindern, daß sich in Nahost eine *pax sovietica/pax americana* verwirklichen konnte, andererseits aber verfolgte sie wirtschaftliche und waffentechnische Pläne: wirtschaftlich erwiesen sich hierbei die reichen Ölländer (als Handelspartner und als Arbeitgeber für eine wachsende Zahl von chinesischen Facharbeitern), waffentechnisch aber der Iran, der Irak und Syrien als interessanteste Partner.<sup>16</sup> Auf der anderen Seite bezog sie erhebliche Waffenlieferungen aus Israel.

Z.2-Vorstellungen haben in Nahost dagegen eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle gespielt, so z.B. im Zusammenhang mit Saudi-Arabien: Seit der Ermordung des ägyptischen Präsidenten Sadat im Oktober 1981, der für China ein Hoffnungsträger in Nahost gewesen war, hatte sich Beijing verstärkt für das Wüsten-Königtum, für Oman und für die „arabischen Gemäßigten“ zu interessieren begonnen.<sup>17</sup> Vor allem um Saudi-Arabien, das damals noch diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhielt, begann damals ein stürmischer Werbeprozess,<sup>18</sup> der die Saudis schließlich schwach werden ließ und sie veranlaßte, am 21. Juli 1990 diplomatische Beziehungen aufzunehmen.<sup>19</sup>

Und die *Israelpolitik* der VRCh? Während Beijing seinen generellen Nahostkurs möglichst auf dem Hauptfeld und im vollen Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit demon-

strierte, spielte sich seine ganz spezielle Israelpolitik in aller Heimlichkeit auf einem Nebenfeld ab. Die Volksrepublik hatte ja allen Anlaß, hier im Schatten zu operieren, da ihre nahöstliche Regional- und ihre Israelpolitik in teilweise diametralem Gegensatz zueinander standen.

In ihren Anfangsjahren hatte die VRCh noch zahlreiche Gemeinsamkeiten mit Israel entdecken können: 1948 und 1949 proklamiert, hatten beide gleichermaßen ihre Unabhängigkeit mit militärischen Mitteln erkämpfen müssen und waren beide auch auf eine sozialistische Linie eingeschwenkt. Wenn es trotz dieser anfänglichen Gemeinsamkeiten dann doch nicht zur Aufnahme von Beziehungen kam, so lag dies vor allem an Grundentscheidungen, die beide Seiten im Zuge des Koreakriegs und der Bandung-Konferenz trafen: Während sich Israel im Koreakrieg auf die Seite der USA schlug, begann sich Beijing im Gefolge der Bandung-Konferenz von 1955 immer mehr auf Seiten der „revolutionären Araber“ und, seit 1964, vor allem zugunsten der PLO zu engagieren. Schnell war Israel damit – neben Südkorea, Südafrika und Taiwan – zu einem der vier „Lieblingsfeinde“ Beijings geworden.

Diese Haltung der VRCh begann sich allerdings schon mit der zweiten sino-sowjetischen Eiszeit (1968ff.) elementar zu verändern: Beijing mußte damals erkennen, daß Israel eine der wenigen Mächte im Nahen Osten war, die einen politischen Kurs verfolgten, der dem „antihegemonistischen“ Anliegen der VRCh besonders nahe kam, auch wenn dieses stille Einverständnis nicht offen eingeräumt werden durfte. Aus VR-Sicht verwandelte sich der Judenstaat damals in eine der solidesten antisowjetischen Bastionen in Nahost. Daneben begann Israel aber auch aus waffentechnischer Perspektive das Interesse der Chinesen, vor allem der VBA, auf sich zu ziehen: hatte es im Laufe seiner militärischen Auseinandersetzungen doch Beutewaffen aus aller Herren Länder erobern können und sie gründlicher analysiert als irgendein anderer Staat der Welt. Darüber hinaus hatte es eigene Entwicklungen hervorgebracht, die das Interesse der VBA erweckten, angefangen von der legendären UZI-Maschinenpistole über Kfir-Kampfflugzeuge bis hin zu elektronischen Feuerleitanlagen für Panzerkanonen und Nachtsichtgeräte.

Seit Anfang 1971 besuchten angeblich „Hunderte von Israelis, darunter zahlreiche Armeeoberführer, China oder arbeiteten dort sogar an Militärprojekten“.<sup>20</sup> Nichts, was Israel der VBA damals nicht geliefert hätte, angefangen von Ersatzteilen für sowjetische Altwaffen über die Entwicklung moderner Zusatzinstrumente (z.B. bei Panzerbauten) bis hin zu Kfir-Kampfflugzeugen.

Beijings offensichtlich unlösbarer Durst nach militärisch-technischem Know-how löste allerdings Mißtrauen sowohl bei den USA als auch bei einigen israelischen Regierungsmitgliedern aus: Die USA befürchteten einen Ausverkauf amerikanischer Technologie,<sup>21</sup> israelische Mi-

<sup>16</sup>Zwischen 1984 und 1987 lieferte die VRCh Waffen an die dritte Welt in einer geschätzten Gesamthöhe von 5,2 Mrd. US\$ – 8% davon an die beiden Kriegsgegner Iran und Irak (*Newsweek*, 4.7.88). Bereits zwischen 1981 und 1985 hatte China den Irak mit konventionellen Waffen im Werte von 3 Mrd. US\$ und zur gleichen Zeit den Kriegsgegner Iran mit konventionellen Waffen sowie mit Raketen versorgt (dazu m.N. C.a., 1991/1, S.30). Auch sonst ist China als Raketenlieferant in Nahost hervorgetreten und hat beispielsweise M9-Raketen an Syrien, CSS-2-Mittelstreckenraketen nach Saudi-Arabien und Kurzstreckenraketen vom Typ „Seidenraupe“ an den Iran geliefert, Einzelheiten in C.a., 1991/7, S.438; zu den Waffenlieferungen an den Iran vergl. auch C.a., 1987/10, Ü 1. Zum kritischen Verhältnis gegenüber dem Irak und zum freundschaftlichen Verhalten gegenüber dem Iran vergl. C.a., 1990/7, Ü 4.

<sup>17</sup>Dazu C.a., 1981/12, Ü 5.

<sup>18</sup>U.a. lieferte China sogar Raketen an Saudi-Arabien, C.a., 1988/4, Ü 6; Aufnahme offizieller Handelsbeziehungen im April 1989, C.a., 1989/4, Ü 3.

<sup>19</sup>C.a., 1990/7, Ü 2.

<sup>20</sup>So David Hachoen, *Burma Diary*, Tel Aviv 1974, zitiert nach Yossi Melman und Ruth Sinai, „Israeli-Chinese Relations and Their Future Prospects. From Shadow to Sunlight“, *Asian Survey*, 1987, S.395-407, 400.

<sup>21</sup>Als im Oktober 1993 der damalige israelische Ministerpräsident Rabin die VR China besuchte, erschien ein Bericht des amerikanischen CIA, wonach Israel Rüstungstechnologie der USA im Werte von mehreren Milliarden US-Dollar an die VR China weiterverkauft habe. CIA-Chef Woolsey führte aus: „Aufbauend auf einer langen Geschichte enger militärischer Kooperation – einschließlich

litärs aber verfolgten mit wachsendem Unbehagen die Waffenverkäufe der VR China an einige der Hauptgegner Israels in Nahost, nämlich an den Irak, an den Iran und an Syrien. Sie plädierten deshalb nicht nur für eine Verringerung des Waffentransfers an die VRCh, sondern – in einer Art Nullsummenspiel – für verstärkte militärische Unterstützung Taiwans, nachdem sich zu Beginn der 70er Jahre ein „wissenschaftlich-wirtschaftlich-technologisches Dreieck“ zwischen Südafrika, Taiwan und Israel herausgebildet hatte.

Erst als Menachem Begin israelischer Ministerpräsident geworden war, hatte sich auch in Israel die Pro-China-Lobby endgültig durchgesetzt, so daß israelische Waffenverkäufe an Taiwan nun nicht mehr in Betracht kamen. Auch in anderen Segmenten begannen China und Israel immer enger zusammenzuarbeiten, vor allem im Bereich der Landwirtschaft (israelische Bewässerungstechniker haben bei der Urbarmachung von Wüsten Weltruf!) und im Bereich der Sonnenenergie sowie des Medizinwesens.<sup>22</sup>

Obwohl Chinas Nahost- und Israelpolitik, wie erwähnt, jahrelang in einen krassen Widerspruch zueinander geraten war, hatte Beijing die auseinanderstrebenden Tendenzen doch immer wieder dadurch zusammengeführt, daß es eine *beiden* Seiten gerecht werdende Linie einzuschlagen verstand: Einerseits fordert es, an der Seite der Araberstaaten, die Rückgabe der „arabischen Territorien“, die Israel seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 besetzt hält; als Antwort darauf hätten die arabischen Staaten allerdings das „Lebensrecht Israels“ anzuerkennen. „Land gegen Frieden“ – dies also ist die chinesische Schlüsselformel für die Lösung der Nahostprobleme.

Eine andere Nahost-Formel (erstmalig vorgetragen vom ehemaligen chinesischen Staatspräsidenten Li Xiannian i.J. 1987) geht davon aus, daß „der Schlüssel zur richtigen Lösung der Nahostfrage in der arabischen Einheit liegt“<sup>23</sup> – eine Idee, die in Israel wohl kaum auf Sympathie stößt.

#### 6.4.2.2.2

##### Auflösung der Widersprüche?

Die Widersprüche zwischen chinesischer Nahost- und chinesischer Israelpolitik begannen sich erst 1991/92 aufzulösen und einem Kurs zu weichen, der sich, behutsam formuliert, als Vorstufe zur Synthese bezeichnen ließe. Drei Anlässe waren dafür maßgebend, nämlich (1) der Überfall des Irak auf Kuwait im August 1990, der den Chinesen deshalb so sehr gegen den Strich ging, weil sie ihr Verhältnis zu Kuwait jahrelang als einen „Modellfall der Süd-Süd-Zusammenarbeit“ gepriesen hatten,<sup>24</sup> ferner (2)

der Arbeit an der nächsten Generation chinesischer Jagdflugzeuge, Luft-Luft-Raketen und Panzerprogrammen – und der Errichtung diplomatischer Beziehungen im Januar 1992 scheinen China und Israel sich in Richtung auf eine Formalisierung und Erweiterung ihrer militärischen Kooperation einzurichten.“ Rabin bezeichnete solche Behauptungen in Beijing als „Unsinn“.

Doch hatte auch bereits eine Studie des Pentagon von 1991 Israel beschuldigt, den Chinesen bei der Entwicklung einer SAM-Rakete, einer Mittelstreckenrakete, einer Luft-Luft-Rakete sowie fortschrittlicher Ausrüstungstechnologien für Panzer und bei der Modernisierung eines Vorwarnsystems aus der Luft behilflich gewesen zu sein. Näheres m.N. in C.a., 1993/10, Ü 3.

<sup>22</sup>Vergl. dazu C.a., 1992/2, S.82-86, hier: 85.

<sup>23</sup>XNA, 11.9.87.

<sup>24</sup>Dazu C.a., 1990/7, Ü 3.

der Golfkrieg vom Januar 1991, der zwei Hauptprämissen der bisherigen chinesischen Nahostpolitik („wachsende Friedenskräfte“ und „wachsende Einheit der Völker des Nahen Ostens“) zum Einsturz brachte,<sup>25</sup> und nicht zuletzt (3) die Nahostkonferenz vom Oktober 1991, bei der Israelis und Araber – nach 40jährigem Kriegszustand und nach fünf Kriegen – zum ersten Mal gemeinsam an einem Verhandlungstisch Platz nahmen.

Diese drei Signale waren Anlaß für Beijing, aus seinen seit Jahren mit Israel gepflegten Beziehungen nicht nur kein Hehl mehr zu machen, sondern am 22. Januar 1992 sogar diplomatische Beziehungen mit dem Judenstaat aufzunehmen.

Für so manchen bis dahin arglosen Araber mag damals eine Welt zusammengestürzt sein; zumindest erhielt das bis dahin so makellos reine Chinabild in der nahöstlichen Region zum ersten Mal häßliche Schrammen; erst jetzt nämlich wurde vielen Beobachtern in aller Klarheit deutlich, daß die VRCh mit doppelten Karten gespielt und, allen pro-arabischen Bekundungen zum Trotz, schon seit zwei Jahrzehnten mit den Israelis unter einer Decke gesteckt hatte.

#### 6.4.2.3

##### Beispiel für Afrika: Sudan

Der Sudan war der erste schwarzafrikanische Staat, der mit der VR China diplomatische Beziehungen aufgenommen hatte, und zwar bereits im Februar 1959. Auf dem afrikanischen Kontinent waren Ägypten (1956) und Marokko (1958) dem Sudan zwar um wenige Jahre vorausgewesen. Unter den Staaten „südlich der Sahara“ jedoch hatte der Sudan die Rolle eines Protagonisten gespielt, dem Guinea, Ghana und Somalia erst mit ein- bis zweijährigem Abstand gefolgt waren.

Gegenüber anderen afrikanischen Staaten mögen sich die Beziehungen zwar spektakulärer gestaltet haben, vor allem gegenüber Tansania und Sambia (Tansam-Bahn!) oder aber Südafrika. Gegenüber dem Sudan aber haben sich die Beziehungen über vier Jahrzehnte in subtiler – und von der Außenwelt kaum registrierter – Art und Weise weiterentwickelt.

China hat die zuverlässige, von „Taiwan-Versuchungen“ nie beeinflusste Linie des Sudan zu würdigen gewußt und zu honorieren versucht, sei es nun politisch oder aber im Rahmen seiner Entwicklungshilfe. Unter anderem hat es dem Sudan seit den 70er Jahren insgesamt 780 Mio. US\$ an Wirtschaftshilfe zur Verfügung gestellt und an mehr als 30 Wirtschaftsprojekten mitgearbeitet. Die wichtigsten dieser Projekte umfassen den Bau einer „Freundschafts-Konferenzhalle“ in Khartoum, eines „Freundschafts-Krankenhauses“ in Umm Dorman, einer „Freundschafts-Spinnerei und -Weberei“ in Al Hasahisa sowie Landstraßen und mehrere Brücken über den Nil.

Außerdem gibt es eine enge Zusammenarbeit bei der Öl- und Goldausbeutung. Auch mit Waffen war China zur Stelle, wenn der Sudan Wünsche äußerte.

Hier, auf dem *zwischenstaatlichen* Sektor hat Beijing also geleistet, was es auf *Regionalebene* zwar immer wie-

<sup>25</sup>Näheres dazu C.a., 1991/1, S.25-30.

der verkündet, aber nie wirklich eingelöst hat, nämlich tatkräftige „Süd-Süd-Zusammenarbeit“.<sup>26</sup>

#### 6.4.2.4

### Stellvertretend für Europa: Deutschland

#### 6.4.2.4.1

### Lehren der Vergangenheit

#### 6.4.2.4.1.1

### Das Verhältnis bis 1949

Das moderne Deutschland ist zwar fester Bestandteil der EU (dazu oben 6.2.3), doch hat sein Verhältnis zu China eine Verlaufskurve genommen, die vom paneuropäischen Durchschnitt streckenweise stark abgewichen ist. Gemeinsamkeiten gab es hier lediglich bis zum Ersten Weltkrieg, nachdem das Deutsche Reich seit Mitte des 19. Jh. in die Fußstapfen Großbritanniens getreten war, jener imperialistischen Vormacht also, die das Chinesische Reich im Anschluß an den Opiumkrieg in ein Netz von Ungleichen Verträgen verstrickt hatte, das von Handelsprivilegien über Exterritorialität und christliche Mission bis hin zu konsularischer Sondergerichtsbarkeit und zur Überlassung von Vertragshäfen reichte.

Bereits zur Zeit des Deutschen Bundes (1815-1866) hatten auf deutscher Seite drei Ziele im Vordergrund gestanden, nämlich der Abschluß eines Handelsvertrags mit China zugunsten Deutschlands als einer meistbegünstigten Nation, zweitens die Erforschung des chinesischen Terrains in wissenschaftlicher und kommerzieller Hinsicht und, drittens, die Gründung eines deutschen Hongkong. Den Handelsvertrag hatte eine offizielle preußische Expedition von 1861 unter Dach und Fach bringen können, so daß Deutschland bereits 1885 hinter Großbritannien den zweiten Platz unter Chinas Handelspartnern bekleidete. Auch die Erforschung der Geologie des Reichs der Mitte, vor allem seiner Bodenschätze, war mit deutscher Gründlichkeit betrieben worden, und zwar vom Geographen Ferdinand von Richthofen, der sich nicht nur zum führenden Spezialisten seines Fachs in China entwickelte, sondern auch gleich mehrere Stützpunkte für das erwähnte „deutsche Hongkong“ zur Diskussion stellte, u.a. die Bucht von Jiaozhou in der Provinz Shandong. Als dort 1897 zwei deutsche Missionare ermordet wurden, nutzte das Deutsche Reich diese goldene Gelegenheit und erzwang von chinesischer Seite „mit gepanzerter Faust“ 1898 einen Pachtvertrag über die Bucht von Jiaozhou, in der schon kurze Zeit später mit dem Ausbau des Hafens von Qingdao (Tsingtau) begonnen wurde.

Auch beim sog. „Boxeraufstand“ von 1900 agierte das Reich ganz im Stil der anderen imperialistischen Mächte, entsandte Militäreinheiten und zwang den chinesischen Thron – im Anschluß an die Ermordung des deutschen Gesandten von Ketteler – zur Entsendung einer Sühne-Delegation nach Deutschland, trug damit also zu einer weiteren Demütigung der Qing-Dynastie bei.

Bereits mit dem Ende des Ersten Weltkriegs war jedoch alle Macht und Herrlichkeit Deutschlands in Ostasien wieder verloren gegangen: Das Reich hatte aufgrund des Versailler Vertrags auf sämtliche Erwerbungen und

Vorrechte in China zu verzichten, wobei als Nachfolger freilich nicht die Republik China, sondern Japan in die einstigen Spuren Deutschlands trat.

Damit begann – im Jahre 1919 – die zweite Periode der chinesisch-deutschen Beziehungen, in deren Verlauf Deutschland mit anderen europäischen Großmächten kaum noch Gemeinsamkeiten aufwies: Es trat, wenn auch ungewollt, nicht mehr als imperialistische Macht in Erscheinung, schloß keine Ungleichen Verträge mehr ab und war vor allem aus dem Kreis jener Mächte ausgeschieden, die Vorrechte in China beanspruchten.

Nachdem 1921 der deutsch-chinesische Friedensvertrag abgeschlossen worden war, entwarf Sun Yixian, der „Vater der Chinesischen Republik“, ein strategisches Schema, das die Völker der Erde in zwei Gruppen einteilte, nämlich in die imperialistischen Mächte und in die unterdrückten Nationen, zu denen er – Seite an Seite mit China – auch Deutschland zählte, das – neben der 1917 ausgegerufenen jungen UdSSR – fortan zu den Hauptadressaten chinesischer Außenpolitik gehören sollte.

Obwohl die Berliner Führung diese Einladung weitaus weniger wörtlich nahm als die junge Sowjetunion, kam es zwischen den beiden Weltkriegen doch zu einer vielfältigen chinesisch-deutschen Zusammenarbeit: Auf dem Gebiet des Außenhandels bestritt Deutschland beispielsweise schon 1936 15,9% aller chinesischen Importe, während es 5,5% der Exporte abnahm. Gleichzeitig waren 7,7% der ausländischen Investitionen in China deutscher Provenienz, und bei den chinesischen Metallexporten gingen 1937 nicht weniger als 22,5% nach Deutschland. Je näher der Zweite Weltkrieg rückte, um so mehr gewannen die Rüstungsgeschäfte zwischen beiden Seiten an Gewicht. Besonders aktiv zeigte sich hierbei die HAPRO („Handelsgesellschaft für industrielle Produkte mbH“), eine vom Reichskriegsministerium kontrollierte und von den großen Rüstungsindustrien protegierte Gesellschaft, deren Hauptaufgabe im Export von Kriegsmaterial nach China bestand, und zwar im Austausch gegen chinesische Produkte, die wiederum von der deutschen Industrie besonders benötigt wurden, vor allem der erwähnten Metalle. Die HAPRO lieferte allerdings nicht nur Rüstungsgüter, sondern arbeitete mit China auch beim Bau von Eisenbahnlinien zusammen, vor allem, wenn ihnen militärstrategische Bedeutung zukam.

Noch drei weitere Entwicklungen trugen zu einer außergewöhnlichen Verdichtung der deutsch-chinesischen Beziehungen in den Zwischenkriegsjahren bei, nämlich das Studium Tausender von jungen Chinesen in Deutschland, ferner die Kooperation beim Aufbau moderner Luftverbindungen, die von der (unter Regie der Lufthansa stehenden) „Eurasia-Luftverkehrsgesellschaft“ getragen wurde, und nicht zuletzt die Militärberatung: Zwischen 1927 und 1938 kamen zahlreiche Spitzenvertreter der deutschen Reichswehr, u.a. kein Geringerer als General von Seeckt, nach Nanjing, der damaligen Guomindang-Hauptstadt, und wirkten dort am Aufbau moderner chinesischer Streitkräfte mit. Allerdings wurden diese so überaus konstruktiven Beziehungen gleichsam auf einen Schlag wieder vernichtet, als nämlich die NS-Regierung 1938 das von den Japanern installierte „Kaiserreich Manchukuo“ diplomatisch anerkannt hatte.

<sup>26</sup>XNA, 25.2.99.

Noch im Vorfeld dieses verhängnisvollen Schrittes hatte der damalige deutsche Botschafter Trautmann vergeblich versucht, zwischen Japan und der Republik China Frieden zu stiften – ein Unternehmen, das von der chinesischen Öffentlichkeit fasziniert verfolgt wurde (und das der deutschen Seite viel Sympathie eintrug), ohne daß das Verhängnis allerdings hätte aufgehalten werden können.

Am Ende waren damit – schon zum zweiten Mal – sämtliche deutschen Positionen in China liquidiert worden.

#### 6.4.2.4.1.2

##### Auf und Ab nach 1949

Die dritte Periode eines bilateralen deutsch-chinesischen Verhältnisses setzte erst lange nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein, und zwar unter weitaus ungünstigeren Umständen als nach dem Ersten Weltkrieg. Erstens nämlich hatte sich Jiang Jieshi bei der Konferenz von Kairo (1943) allen deutschfeindlichen Vorstellungen seiner Verhandlungspartner Churchill und Roosevelt beugen müssen – mit der Folge, daß es unmittelbar nach dem Ende des Kriegs zur Vertreibung der verbliebenen Deutschen, zu Kriegsverbrecherprozessen in Shanghai und zur Verdrängung der deutschen Konkurrenz vom chinesischen Markt kam. Zweitens gab es seit 1949 nicht nur zwei deutsche Staaten, sondern auch zwei gegeneinander konkurrierende chinesische Regierungen – mit der Folge, daß das Verhältnis Bonn-Beijing von Anfang an durch die Zugehörigkeit beider Staaten zu verschiedenen Lagern bestimmt – und obendrein noch dadurch verbarrikadiert war, daß beide Regierungen jeweils den Anspruch auf Alleinvertretung erhoben.

Während sich aber die Bundesrepublik Deutschland diplomatisch weder für Beijing noch für Taipei entscheiden mochte, hatte der neue volksrepublikanische Staat die DDR bereits 1949 diplomatisch anerkannt, ohne dem Alleinvertretungsanspruch Bonns auch nur die geringste Aufmerksamkeit zu schenken. Durch diese – aus Bonner Sicht haarsträubende – Festlegung Beijings in einer zentralen Frage waren die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zwischen „BRD“ und VRCh auf lange Zeit hin verbaut. Nicht einmal ein Friedensvertrag kam für Bonn in Betracht, so daß sich die Volksrepublik schließlich zum Alleingang entschloß und am 7. April 1955 den Kriegszustand mit Deutschland einseitig für beendet erklärte.

Im übrigen verhielten sich „BRD“ und VRCh jahrelang wie zwei Planeten, die verschiedenen Sonnensystemen angehören. Lediglich 1957 kam es zur Unterzeichnung eines auf gerade einmal ein Jahr befristeten Handelsabkommens zwischen Beijing und dem Ostausschuß der deutschen Wirtschaft. 1964 trat die Bundesrepublik im Anschluß an die Anerkennung der VR China durch das Frankreich de Gaulles in Verhandlungen mit der chinesischen Botschaft in Bern ein, doch scheiterten die Gespräche an Unvereinbarkeiten der beiderseitigen Standpunkte zur Berlinfrage.

So mußtten weitere acht Jahre ins Land gehen, ehe es dann – und zwar im Anschluß an den Chinabesuch des US-Präsidenten Nixon – im Oktober 1972 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen kam. Bezeichnenderweise war im Aufnahmekommuniqué – abweichend von der bis dahin geübten Beijinger Praxis – keine Taiwanklausel

enthalten. Beijing konnte redlicherweise ja nicht einerseits mit zwei deutschen Regierungen diplomatische Beziehungen unterhalten, von Bonn aber gleichzeitig erwarten, daß dieses eine Beijinger „Hallstein-Doktrin“ akzeptierte!

Dem Aufnahmekommuniqué folgten in den nächsten Jahren zahlreiche Abkommen, die, wie beispielsweise das Kultur- und das Investitionsschutzabkommen, noch heute bestehen, die aber andererseits, soweit sie wirtschaftlicher Art waren, durch EG-Abmachungen verdrängt wurden.

In den 80er Jahren entfalteten neben dem Bund auch einzelne Bundesländer reges Chinainteresse und schlossen Partnerschaften ab, wobei Länderregierungen und lokale Wirtschaftsgruppen oft Hand in Hand gingen.

Nach und nach bildeten sich folgende Regionalpartnerschaften heraus:

Anhui - Niedersachsen	06.09.1984
Jiangxi - Hessen	03.04.1985
Zhejiang - Schleswig-Holstein	20.04.1986
Liaoning - Baden-Württemberg	20.06.1986
Shandong - Bayern	09.07.1987
Sichuan - NRW	07.07.1988
Jiangsu - NRW	09.07.1988
Fujian Rheinland-Pfalz	Mai 1989

Die Reihenfolge der Regional-, vor allem aber der nachstehend aufgezählten Städtepartnerschaften spricht Bände: Sie häuften sich 1987 und 1988, rissen 1989 aber mit einem Ruck ab. Nur zwei Städtepartnerschaften sind nach 1989 noch zustande gekommen. Im übrigen „ruhen“ die meisten Beziehungen – und brauchen bis zu ihrer Wiederbelebung womöglich noch Jahre.

Partnerstädte	Unterzeichnungsdatum
Wuhan - Duisburg	08.10.1982
Shenyang - Düsseldorf	22.09.1984
Dalian - Bremen	17.04.1985
Shanghai - Hamburg	29.05.1986
Ningbo - Aachen	25.10.1986
Beijing - Köln	14.09.1987
Zaozhang - Sprockhoevel	15.10.1987
Weifang - Freising (Landkreis)	19.10.1987
Guangzhou - Frankfurt	11.04.1988
Dalian - Rostock	16.05.1988
Beijing - Berlin (Ost)	Mai 1988
Nanjing - Leipzig	Mai 1988
Fushun - Gladbeck	10.08.1988
Yichun - Bad Wildungen	25.08.1988
Xi'an - Dortmund	22.07.1992
Hafenpartnerschaft	
Qingdao - Wilhelmshaven	1992

Für die Pärchenbildung galt, zumindest aus chinesischer Sicht, die Faustregel, daß Gleiches sich mit Gleichem zusammenschließen solle – also Hauptstädte mit Hauptstädten, Hafenstädte mit Hafenstädten, Industriestandorte mit Industriestandorten usw. Nur auf der Grundlage gemeinsamer Interessen könne es ja zu konstruktiver Zusammenarbeit kommen. In einigen Fällen ergab sich hier eine fast automatische Pärchenbildung, z.B. zwischen Hamburg und Shanghai, zwischen Bremen und der nord-

chinesischen Hafenstadt Dalian sowie zwischen den beiden Schwerindustriestädten Duisburg und Wuhan.

Wie aber sollten Bonn und Beijing zueinander finden? Offensichtlich bestand hier ein tiefes Gefälle. Nach der deutschen Wiedervereinigung wäre zwar die Verbindung Beijing/Berlin an der Reihe gewesen; doch hatte sich inzwischen jener Vorfall ereignet, der allen Partnerschaften auf Jahre hinaus den Boden entzog, nämlich das Tiananmen-Massaker vom Juni 1989, dessen Schatten sich sogleich über das gesamte chinesisch-deutsche Verhältnis zu legen begann – und das vor allem die deutschen Medien dazu veranlaßte, über China fortan nur noch unter düsteren Gesichtspunkten zu berichten, nachdem die Jahre zwischen 1972 und 1989 noch ganz im Zeichen eines bisweilen unkritischen Wohlwollens gestanden hatten.

Nur die Wirtschaft ging, wie schon in den 50er und 60er Jahren, auch jetzt weitgehend emotionslos ihren Weg und sorgte, allen diplomatischen Spannungen und medialen Unmutsäußerungen zum Trotz, für eine geräuschlose Ausweitung des Handelsaustauschs, der Investitionen und der technischen Zusammenarbeit.

In den 80er Jahren hatte auch der Kultur- und Wissenschaftsaustausch laufend zugenommen, wobei die Academia Sinica und die Max-Planck-Gesellschaften sowie Dutzende von Universitäten in engere Beziehungen zueinander traten. Allerdings glich der Austausch eher einer Einbahnstraße: hatte die VR China bis Mitte der 90er Jahre doch immerhin rund 12.000 Studenten nach Deutschland entsandt, während sich in umgekehrter Richtung die Zahl der deutschen Chinastudenten gerade einmal auf ein Zehntel davon belief!

Zu besonderer Bedeutung im deutsch-chinesischen Kulturaustausch brachte es die Shanghaier Tongji-Universität, in deren Rahmen ein deutschsprachiges Hochschulzentrum aufgebaut worden war, das deutschen Mustern folgte und das die deutsche Sprache – neben der chinesischen – als gleichberechtigtes Unterrichtsidiom anerkannte.

Auch sonst kam es zu vielfältiger Kontaktaufnahme: So übernahm China beispielsweise eine Reihe von deutschen Systemen, die im bilateralen Verhältnis über den Tag hinaus noch lange nützlich sein dürften, z.B. das DIN-Normen-, das PAL- und das GEMA-System. Chinesische Stellen räumten ein, daß die aus Deutschland bezogenen Technologien und Anlagen sich bereits Anfang der 90er Jahre auf 14% des gesamten von China damals aus anderen Ländern übernommenen Know-hows belaufen hätten.<sup>27</sup>

#### 6.4.2.4.1.3

##### Und die DDR?

Als der zweite deutsche Staat 1989 sein 40. Gründungsjubiläum feierte, hatte er gegenüber der VR China eine noch bewegtere Geschichte durchgemacht, als es bei dem ohnehin bereits mäandrisch verlaufenen westdeutschen Annäherungsprozeß der Fall gewesen war: Hatten die Jahre 1949-1963 zwischen China und der Bundesrepublik noch im Zeichen tiefer Dunkelheit gestanden, die sich erst zwischen 1964 und 1971 zu lichten begann, um

dann seit 1972 Glanz anzunehmen, so waren die Prozesse im Verhältnis zwischen China und der DDR gerade umgekehrt verlaufen: Anfangs nämlich hatte der „erste deutsche Arbeiter- und Bauernstaat“ aus Beijinger Perspektive als einziger legitimer Vertreter des deutschen Volkes gegolten; mit der Verschlechterung des sino-sowjetischen Klimas hatten sich die wechselseitigen Sympathien jedoch schnell wieder verflüchtigt und beim VI. Parteitag der SED im Januar 1963 schließlich sogar einem offenen Bruch Platz gemacht, nachdem das chinesische Vorgehen gegen Indien von SED-Chef Ulbricht offiziell als „Aggression“ angeprangert worden war. Die nachfolgend bisweilen an Hysterie grenzenden beiderseitigen Anschuldigungen hatten sich erst mit dem Beginn der zweiten sino-sowjetischen Eiszeit (1968/69) wieder beruhigt, nachdem China nämlich dazu übergegangen war, überall nach „antihegemonistischen“ Bündnispartnern Ausschau zu halten und dabei auch die DDR neu entdeckte. Als freilich 1972 offizielle Beziehungen zwischen Beijing und Bonn aufgenommen wurden, rückte die Bundesrepublik so einsam in den Vordergrund der VRCh-Außenpolitik, daß die DDR fast nichts mehr zu gelten schien. Erst 1982 begann ein erneuter Annäherungsprozeß, der sich kurz vor dem Ende der DDR sogar noch intensiverte, als nämlich das damalige Politbüromitglied Krenz der Beijinger Führung zur erfolgreichen Niederschlagung der Tiananmen-Demonstrationen gratulierte. Kein Wunder, daß das offizielle Beijing über den Zusammenbruch der DDR im November 1989 alles andere als begeistert war, obwohl es vorher jahrelang die Wiedervereinigung Deutschlands gefordert hatte, die, wie es hieß, dem Willen des deutschen Volkes entspreche und – wichtiger noch! – den Hegemonialbestrebungen der „Sozialimperialisten“ entgegenwirke.<sup>28</sup>

#### 6.4.2.4.2

##### Die Attribute Deutschlands aus chinesischer Sicht: kritische Sympathie

In maoistischer Zeit galt die Bundesrepublik anfangs als Mitglied des kapitalistischen Lagers, das all jene systemtypischen Fehler aufwies, die dem amtlichen China nun einmal ein Dorn im Auge waren und die es folglich vor der Weltöffentlichkeit anzuprangern galt. Schon Mitte der 60er Jahre freilich verwandelte sich *lianbang* [5], d.h. die „BRD“, angesichts des von Beijing beargwöhnten Hegemonismus der UdSSR in einen politischen Bündnispartner, der als solcher Stärken und Schwächen aufwies: Einerseits war sie ruhender Pol in der EG sowie im europäischen Teil der NATO; auch galt sie als eines der technologisch und wirtschaftlich fortgeschrittensten Länder, mit der zusammenzuarbeiten für die VRCh nur von Vorteil sein konnte. Doch war sie auch mit Schwächen behaftet: Vor allem war Deutschland ein geteiltes Land, dessen Außenpolitik unter den Hypotheken dieser Zweiteilung zu leiden hatte.

Seit der Wiedervereinigung hat sich – zum dritten Mal seit 1949 – ein abermals neues Bild herausgeschält: Deutschland erscheint nun als Herzstück der EU, als Eckstein der NATO und als ein Land, das mit am stärksten in der Welt an Ordnung und Stabilität interessiert

<sup>27</sup>C.a., 1992/10, Ü 7; über die Vielfalt des „deutsch-chinesischen Beziehungswunders“ vergl. ferner die Zusammenstellung in C.a., 1987/7, S.555-574.

<sup>28</sup>Zum Verhältnis zwischen China und der DDR während der 80er Jahre sowie zur Reaktion auf die Wende siehe C.a., 1989/11, S.863-869.

ist. Gleichzeitig hat es sich zum wichtigsten europäischen Handelspartner Chinas entwickelt, von dem überdies nach wie vor wesentliche technologische Impulse in Richtung China ausgehen.

Hinzu kommt, daß China mit Deutschland, anders als beispielsweise mit Japan, Rußland, den USA oder Großbritannien (Hongkong 1997!), so gut wie keine Interessenkonflikte mehr kennt, vor allem, seit die deutsche Wiedervereinigung auch noch die frühere Ambivalenz Chinas (in ideologischer Hinsicht und in der Berlinfrage) beseitigt hat. Angesichts dieses politisch so überaus unbelasteten Verhältnisses, das als solches historisch bis zum Ende des Ersten Weltkriegs zurückreicht, erscheint der Industrie- und Technologiegigant Deutschland den Chinesen unter allen möglichen Partnern als die schlechthin ideale Wahl, wobei Z.4- und Z.6-Interessen im Vordergrund stehen.

#### 6.4.2.4.3

#### Das deutsche Verhältnis zu China: drei verschiedene Möglichkeiten

Die deutsche Seite hat Signale der Freundlichkeit, wie sie oben beschrieben wurden, lange Zeit erwidert, zumal es keiner besonderen Erkenntnisfähigkeit bedurfte, um über bloß spontane Sympathie hinaus festzustellen, wie komplementär sich beide Länder zueinander verhalten. Erst die Tiananmen-Ereignisse von 1989 haben einen Scherbenhaufen geschaffen und die Frage aufkommen lassen, ob mit einem so „menschenrechtsfeindlichen Regime“ wie dem chinesischen über ein unverzichtbares Minimum hinaus überhaupt noch Kontakte aufrechterhalten, geschweige denn Geschäfte gemacht werden dürften. Zum Glück hat sowohl die offizielle deutsche Diplomatie als auch die deutsche Geschäftswelt die „Kirche beim Dorf gelassen“ und Wege beschritten, die zwar vielfache Kritik der Medien und der Öffentlichkeit auf sich gezogen haben, die sich langfristig aber als unausweichlich erweisen dürften. Hierbei war eine Richtungsentscheidung zwischen drei Optionen zu treffen, nämlich zwischen Abgrenzung, Anbiederung und kritischem Dialog.

Von allen dreien mußte aus realpolitischen Gründen der „Abgrenzungs“-Weg als am unrealistischsten erscheinen: Wer für ihn plädierte, konnte zwar vielfachen „gesinnungsethischen“ Beifalls sicher sein, bewies zur gleichen Zeit jedoch wenig „Verantwortungsethik“, da der Versuch, China – und damit ein Viertel der Menschheit – zu isolieren, ein a priori groteskes Unterfangen gewesen wäre, und da einem solchen Vorschlag überdies die Prämisse zugrunde lag, daß die chinesische Führung nicht einflußbar sei – eine Unterstellung, die vor dem Hintergrund der so überaus moralisch fundierten politischen Kultur des Reichs der Mitte schlechterdings unhaltbar ist. In der Tat zeigten viele der latent reumütigen Verhaltensweisen Beijings, daß seine Führung, betroffen durch die Reaktionen der Weltöffentlichkeit, zum Einlenken und zu Reparaturmaßnahmen nur allzu gerne bereit war. Vor allem die Hast, mit der sich Beijing nach 1989 zur Aussöhnung mit den meisten seiner Hauptgegner anschickte, sei es nun mit Indien und Indonesien oder mit Südkorea und Vietnam, darf als Beweis dafür gewertet werden, daß hier Außenpolitik im Bückerhemd betrieben worden ist!

Untauglich wäre aber auch der zweite Weg („Profit geht über alles“), da er nicht nur auf einen Verrat an

der westlichen Werteordnung hinausliefe, sondern bei den Chinesen früher oder später Geringschätzung für westliche Gesprächspartner – und für westliche Doppelzüngigkeit – aufkommen ließe.

Als brauchbar erweist sich damit einzig und allein eine Politik des kritischen Dialogs, die einerseits bewußt auf Renormalisierung hinsteuert, ohne gleichzeitig jedoch die Augen vor Verstößen zu verschließen, die nach westlicher Auffassung menschenrechtswidrig sind.

Die in vielen Kommentaren auftauchende Feststellung, daß Deutschland nicht „um des schnöden Mammons willen“ vor den „chinesischen Menschenrechtsverletzungen“ die Augen verschließen dürfe, ist demnach nichts anderes als eine schlagworthafte Umschreibung falscher Prämissen.

Viele Jahre praktischer Erfahrung haben gezeigt, daß die Alternative „Menschenrechte *oder* Handel“ nicht weiterführt, daß es hier also kein Entweder-Oder, sondern nur ein Sowohl-Als-auch geben darf. Außerdem geht es bei der Menschenrechtsfrage nicht nur um das Ob, sondern um das *Wie*. Angesichts der Empfindlichkeit, mit der gerade das konfuzianische Asien auf „Gesichts“-Verletzungen zu reagieren pflegt, ist hier immer besonderes Fingerspitzengefühl an den Tag zu legen. Einen goldenen Mittelweg beschreitet, wer sich an die alte Weisheit des „suaviter in modo, fortiter in re“ hält. Empfehlenswert ist es vor allem, Menschenrechtsfragen nicht unbedingt auf oberster Ebene und in aller Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen, sondern die Frage etwas „tiefer zu hängen“ und ihre Erörterung auf mehrere Ebenen, u.a. auch auf Gespräche zwischen westlichen und chinesischen Juristen zu verteilen, wobei die westliche Seite sicher sein darf, daß die chinesischen Gesprächspartner für Fragen dieser Art vor allem „seit Tiananmen“ ein überaus differenziertes Sensorium entwickelt haben.

Nie sollte auch in Vergessenheit geraten, daß das chinesische Menschenbild und die überkommene konfuzianische Auffassung vom Verhältnis zwischen Staat, Gesellschaft und Individuen sich vom abendländischen Persönlichkeitskonzept und vor allem von der westlichen Menschenrechtskonzeption fundamental unterscheidet<sup>29</sup> und daß schon deshalb eine „totale Verwestlichung“ (*quanpan xihua*) für China nicht in Frage kommt. Wer nicht in den Ruf des „Menschenrechts-Fundamentalismus“ geraten will, ist daher gut beraten, sich mit den Traditionen des Gesprächspartners vertrauter zu machen, als es bisher der Fall war. Vorbildlich wurde diese heikle Aufgabe im chinesisch-deutschen Verhältnis von Bundespräsident Herzog gelöst, der im November 1996 nach China reiste und dabei die Menschenrechtsproblematik sowohl von seiner eigenen juristischen Kennerschaft (als früherer Verfassungsgerichtspräsident) als auch von der chinesischen Perspektive her anging – ein Unternehmen, das auf den spontanen Beifall seiner Gastgeber stieß. Der Präsident hatte mit dieser „bisher schwierigsten Auslandsreise“ am Ende eine reiche Ernte einfahren können.<sup>30</sup>

Der Weg des kritischen Dialogs sollte auch in Zukunft weiterbeschritten werden, und zwar, erstens, deshalb, weil, wie die deutschen Erfahrungen mit der KSZE

<sup>29</sup>Dazu i.e. Weggel, *China im Aufbruch. Konfuzianismus und politische Zukunft*, München 1997.

<sup>30</sup>Näheres dazu C.a., 1996/12, S.1155-1160.

und der Helsinki-Schlußakte gezeigt haben, gegen starke Argumente und gegen eine kritische Öffentlichkeit auf die Dauer kein Gras gewachsen ist, und weil, zweitens, auch chinesische Führungen, weit davon entfernt, unbeweglich zu sein, gerade moralisch geführten Argumenten gegenüber wenig Abwehrkräfte besitzen.<sup>31</sup>

Schon zweieinhalb Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung stellte Xinhua<sup>32</sup> eine nachdenkliche Neubewertung der Weltlage an, deren Argumentenkette folgendermaßen verlief: In den frühen 90er Jahren sei die 40 Jahre hindurch maßgebende Konfiguration amerikanisch-sowjetischer Bipolarität zu Ende gegangen und durch Neuentwicklungen sowohl gefährlicher als auch konstruktiver Art ersetzt worden: Zwar garantiere das Ende des Bipolarismus noch keineswegs ein Zeitalter andauernden internationalen Friedens: Der Golfkrieg, der Zerfall Jugoslawiens, die militärischen Auseinandersetzungen in Somalia und die Konflikte in der GUS ließen erkennen, daß mit lokalen Militärkonflikten auch weiterhin gerechnet werden müsse.

Gleichwohl sei die so überaus destruktive Macht des kalten Kriegs durch konstruktivere Ansätze ersetzt worden. Vor allem hätten sich die politischen Auseinandersetzungen auf das Feld der Wirtschaft verlagert, wo sich zwei bisher politisch eher ins Abseits gedrängte Akteure mittlerweile lauter zu Wort meldeten, nämlich Japan – und Deutschland: Seit der Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 pumpe der westliche Teil jährlich rund 150 Mrd. US\$ in die neuen Länder – mit der Folge, daß hier über kurz oder lang ein substantiell gestärktes Gesamtdeutschland erstehe, mit dem die Welt mittelfristig vor allem wirtschaftlich zu rechnen habe und mit dem China noch stärker als bisher in Kontakt treten solle.

Unabhängig vom politischen Auf und Ab entwickelte sich das deutsch-chinesische Verhältnis am ungestörtesten im Wirtschaftsbereich: 1997 belief sich das bilaterale Handelsvolumen auf 32 Mrd. DM<sup>33</sup> – mit einem Handelsüberschuß zugunsten Chinas in Höhe von 10,8 Mrd. DM. Mit einem Anteil von 29% hatte sich Deutschland bis dahin zum wichtigsten Markt für China innerhalb der EU entwickelt. Obwohl sich das bilaterale deutsch-chinesische Handelsvolumen allein zwischen 1993 und 1997 verdoppelt hatte, war Deutschlands Bedeutung als Handelspartner der VRCh freilich etwas zurückgegangen: Hatte der deutsche Anteil am Gesamthandel Chinas doch 1993 noch 5% betragen, 1997 dagegen nur noch 3,9%. Unter den Abnehmern chinesischer Produkte lag Deutschland hinter Hongkong, den USA, Japan, den EU-Staaten, der ASEAN und Südkorea an siebter Stelle, unter den Lieferanten hinter Japan, den EU-Staaten, Taiwan, USA, Südkorea, ASEAN und Hongkong an achter Stelle. Zwar kam es im Gefolge der Asienkrise von 1997 zu einer Wiederaufwertung Deutschlands, doch dürfte diese Verbesserung nur solange andauern, bis sich die wirtschaftlich führenden asiatischen Staaten von der Krise wieder erholt haben. Das Tauziehen mit den Tiger- und Drachenländern dürfte langfristig nur dann zu bestehen sein, wenn die deutsche Wirtschaft zukunftssträchtigen Imperativen

gehört – in Stichworten: Sprachenlernen, Anerkennung chinesischer Spielregeln und wachsende Präsenz.

Kein deutsch-chinesisches Wirtschaftsforum, bei dem die deutsche Seite nicht über tiefrote Zahlen im Außenhandel mit China klagte<sup>34</sup> – und die chinesische Seite nicht gleichzeitig auch ihr Unverständnis über solche Vorhaltungen äußerte. Der Grund für solche „Mißverständnisse“ liegt darin, daß die deutsche Zollstatistik einen Teil der via Hongkong importierten Waren mit VRCh-Stammbaum versieht – und damit einen Vorgang „unterstellt“, von dem Beijing partout nichts wissen will!

Präsenzpflicht gilt nicht nur für den Handel, sondern hat sich auch durch Direktinvestitionen zu manifestieren. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank haben deutsche Unternehmen im Zeitraum zwischen 1979 und 1996 2,9 Mrd. DM investiert, vor allem im Automobil-, Elektronik- und Chemiebereich. 94% der 1997 befragten Unternehmer erklärten, sie würden trotz vielfältiger Probleme erneut in China investieren. Mit insgesamt 1.200 Unternehmen (darunter 664 „Repräsentanzen“, 141 Unternehmen in hundertprozentigem Eigenbesitz und 340 Joint Ventures) stand Deutschland 1997 unter den Investorenländern an 10. Stelle – mit steigender Tendenz.

#### 6.4.2.5

##### Lateinamerika: nur blasse Partner

Anders als gegenüber Asien, Nahost und Europa ist die nationenbezogene Außenpolitik der VR China im Verhältnis zum geographisch so fernen Kontinent Lateinamerika bis auf den heutigen Tag blaß geblieben. Zwar gab es immer wieder Annäherungsversuche, sei es nun gegenüber Peru, weil dort besonders viele *Huaren* leben, sei es gegenüber Kuba, das noch in den frühen 60er Jahren als Hort der Revolution gegolten hatte, oder aber mit Brasilien, Venezuela und Argentinien, die wirtschaftlich attraktiv zu sein schienen.

Überall dominierten hier freilich Verstand und Nüchternheit. Gibt es mit Lateinamerika doch weder historische noch kulturelle Gemeinsamkeiten – und was gar die Emotionen anbelangt, so spielen sie gegenüber den dortigen Ländern so gut wie keine Rolle, anders etwa als im Falle Europas, von dem lange Zeit koloniale Demütigungen ausgegangen sind, oder gar im Falle der asiatischen Länder, die im Vorfeld des Reichs der Mitte liegen und von denen auf weite Strecken hin immer noch der Qualm gemeinsam erlittener Geschichte aufsteigt.<sup>35</sup>

Auch wirtschaftlich sind die einzelnen Länder Lateinamerikas nicht gerade attraktiv: bestreitet der gesamte Kontinent doch gerade einmal 3,5% des chinesischen Außenhandels.

Bleibt nach alledem das diplomatische Tauziehen mit Taiwan, das hier seit Jahrzehnten stattfindet und noch lange nicht entschieden sein dürfte: Taipei unterhält mit immerhin einem Fünftel aller Länder der Welt auch am Ende des 20. Jh. noch diplomatische Kontakte – gegenwärtig, d.h. Anfang 1999, mit 28 Staaten, davon vier im Pazifik, sieben in Afrika, zwei in Europa – und 15 in

<sup>31</sup>Vergl. zu diesen Überlegungen im einzelnen C.a., 1996/6, S.598-605.

<sup>32</sup>XNA, 1.1.93.

<sup>33</sup>Importe aus China: 21,4 Mrd., deutsche Exporte nach China: 10,6 Mrd. DM.

<sup>34</sup>Vergl. dazu die Gespräche mit Qian Qichen im Mai 1993, C.a., 1993/5, Ü 1.

<sup>35</sup>Zur Lateinamerika-Politik der VR China vergl. SOAa, 1993/11, S.1101-1104.

Lateinamerika!<sup>36</sup> Vierzehn „lateinamerikanische“ Partner stammen aus Zentralamerika und nur noch einer (Paraguay) aus dem eigentlichen Südamerika. Bemerkenswerterweise findet unter den diplomatischen Partnern Taiwans ein ständiges Bäumchen-wechsle-dich statt – allerdings eher im Pazifik, in Afrika und in Europa als in Lateinamerika.<sup>37</sup>

Nun hätte Beijing in Lateinamerika ganz gewiß die Chance, Taiwan auszuhebeln, wenn es – ja wenn! – mit wirtschaftlich attraktiven Gegenangeboten aufwarten und damit der finanziell so gut unterbauten „flexiblen Außenpolitik“ (*tanxing waijiao* [6]) Taiwans den Boden entziehen könnte. Dazu aber ist man in der VR China offensichtlich weder bereit noch finanziell in der Lage.

Sieht man freilich von diesem besonderen Ringen um Z.2-Positionen ab, so läßt sich in Lateinamerika kein Land finden, das ein diplomatisches Profil besäße, dem im vorliegenden Zusammenhang unbedingt nachgegangen werden müßte.

### 6.4.3

#### Fazit

Hauptziel bei der Abfassung des vorliegenden Kapitels über den Umgang der VRCh mit Nationalstaaten war es, darzulegen, daß Beijings Außenpolitik auf zwischenstaatlicher Ebene keineswegs konfektioniert, sondern maßgeschneidert daherkommt, daß das chinesische Außenverhalten also – abweichend von den oft allzu „flächig“ gezeichneten Zielklischees („Weltdörfer gegen Weltstädte“, „Drei Welten“, „Süd-Süd-Zusammenarbeit“ etc.) – durchaus differenziert auf die einzelnen Nationen eingeht. Weit davon entfernt, in einem multilateralen oder regionalen Einerlei aufzugehen, haben die etatistischen Elemente also kräftiges Eigenprofil bewahrt.

*Die chinesischen Zeichen folgen im nächsten Heft.*

<sup>36</sup>Pazifik: Nauru, Marshall-Inseln, Solomon-Inseln, Tuvalu; Afrika: Liberia, Malawi, Swasiland, Gambia, Senegal, Burkina Faso, Sao Tomé und Príncipe; Europa: Vatikan, Mazedonien; Lateinamerika und Karibik: Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Costa Rica, Panama, Dominikanische Republik, Haiti, Bahamas, Belize, St.Christopher und Nevis, Dominica, Sta.Lucia, St.Vincent und Grenadinen, Grenada, Paraguay.

<sup>37</sup>Ein Beispiel für den Wechsel haben z.B. die zwei letzten Monate des Jahres 1998 erbracht, als Tonga am 2. November die Seiten wechselte und zur VR China überschwenkte, woraufhin prompt einen Monat später, nämlich am 11. Dezember, die Marshall-Inseln die Gegenbewegung zu Taiwan hin vollzogen.

Am 27. Januar 1999 konnte Taiwan der VRCh überdies sogar in Europa ein zweites Land (neben dem Vatikan) abspenstig machen, nämlich Mazedonien.

In Afrika waren es in den vergangenen Jahren vor allem die Zentralafrikanische Republik, Niger und Liberia, die zwischen Beijing und Taipei mehrere Male hin- und hergewechselt sind – Zentralafrika nicht weniger als viermal!